

verbindliche Wirklichkeit. Die *Abdrängung ins Gruppenethos* ist ein Übergang dahin. Wenn etwas Dekadenz ist in unserem gesellschaftlichen Klima, dann dieses Beliebigwerden von Wertüberzeugungen und Werthaltungen durch Privatisierung. Hier hat der vorhin erwähnte kollektive Individualismus seine Wurzel. In dem Maße, in dem Überzeugungen über Grundfragen der Gesellschaft und des Menschseins nur noch als private gelten, beginnt alle objektive Wertwelt, da ja bloß für den einzelnen verbindlich, sich in mehr oder weniger heterogene Meinun-

gen aufzulösen. Und die Meinungen treten dann mehr oder weniger an die Stelle der Inhalte selbst. Daran könnte eine Gesellschaft in der Tat nicht nur moralisch, sondern auch politisch zerfallen. Am schwierigsten aber wird es für den einzelnen, weil ihm in einem überbordenden Subjektivismus der Meinungen zwar viel Freiheit zuwächst, aber diese Freiheit mit Unfähigkeit zu Kommunikation und mit Wirklichkeitsverlust erkaufte wird. Dem entgegenzuwirken ist aber in erster Linie Aufgabe der Erziehung, erst in zweiter Linie der Politik. *D. A. Seeber*

Vorgänge

Protestanten und Katholiken im Visier der SED

Für eine Bilanz der Veränderungen, die das Spitzengespräch von Vertretern des evangelischen Kirchenbundes in der DDR mit *Erich Honecker* am 6. März d. J. bewirkt haben, ist es nach drei Monaten gewiß noch zu früh. Kirchlicherseits rechnet man mit einem Jahr. Zweifellos hat jedoch die Begegnung und haben die von Regierungsseite gegebenen Zusagen einiges in Bewegung gesetzt. Sichtbar wurde das vor allem bei den protestantischen *Kirchentagen* in Leipzig vom 26. bis 28. Mai und eine Woche später in Erfurt. Vor allem die Schlußkundgebungen im Freien zogen jedesmal eine unerwartet hohe Besucherzahl an. Waren es auf dem Leipziger Messegelände rund 50 000 Christen aus allen Teilen der DDR, so strömten auf dem Erfurter Domplatz über 20 000 zusammen. Der Ablauf der Veranstaltungen hat gezeigt, daß – so die FAZ vom 5. Juni – „die evangelische Kirche die Lähmung und die innere Unsicherheit überwunden hat“.

Wehrkundeunterricht als nächste Probe

Wie vielfältig, offen und engagiert in Leipzig und Erfurt Erfahrungen ausgetauscht wurden, das war die eigent-

liche Sensation dieser ersten großen Kirchentage in der DDR seit ca. 25 Jahren. Hier fühlte sich mancher Besucher zu Fragen ermutigt, die vor noch nicht allzu langer Zeit als tabu galten und auf die man wohl kaum eine angemessene Antwort aus berufenem Mund erhalten hätte.

Ein solches heißes Eisen stellt gewiß der für Herbst in allen Schulen der DDR geplante *Wehrkunde-Unterricht* dar. Zahlreiche junge Christen äußerten bereits offen ihre Sorgen und Bedenken. Nicht wenige riefen coram publico dazu auf, in Eingaben an die Regierung die Einwände deutlich zu machen. Auch der sächsische Landesbischof *Hempel* äußerte in Leipzig vor der Presse seine Besorgnis über die Einführung des Faches Wehrkunde und teilte mit, daß sich der Kirchenbund offiziell an den Staatssekretär für Kirchenfragen, *Seigewasser*, gewandt und in einer Unterredung am 1. Juni die Befürchtungen im Hinblick auf den Wehrkundeunterricht dargelegt habe (epd-Landesdienst Berlin, 5. 6. 78).

Das schon in Leipzig mit großem Nachdruck, wenn auch ohne Emotionen erörterte Thema kam dann eine Woche später in Erfurt erneut aufs Tapet. Hier hatten sich mehrere Bischöfe im Dom einer Befragung gestellt. Ne-

ben dem Magdeburger evangelischen Bischof *Krusche* saßen auf dem Podium der methodistische Bischof *Härtel* (Dresden) und für die katholische Seite *Hugo Aufderbeck*, Apostolischer Administrator in Erfurt. Vor 3000 Teilnehmern antwortete Aufderbeck zum Problem Wehrkundeunterricht, die Kirche werde einer Erziehung zum Haß niemals zustimmen. Erziehung zum Frieden fange in der Kinderstube an (KNA – Berliner Dienst, 6. 6. 78).

Die Wehrkunde-Diskussion zeigt deutlich, daß der nächste Konflikt zwischen Staat und Kirche bereits vorgeplant ist. Hier spätestens müßte sich beweisen, wie ernst es der SED mit dem Hinweis Honeckers in seiner Ansprache vom 6. März vor den evangelischen Kirchenführern ist, man halte die UN-Sondertagung über Abrüstung für „sehr wichtig“ und denke, „daß auch die Kirchen hier ein Feld weiterer aktiver Mitwirkung sehen“ (epd-Dokumentation 15/78 vom 28. 3. 78).

Mißtrauen im Kirchenvolk

Freilich sollte ein Schlüsselbegriff in der Rede des Staatsratsvorsitzenden nicht unbeachtet bleiben. Er kehrt seither in Stellungnahmen nachgeordneter Parteifunktionäre, die in Verhandlungen mit kirchlichen Stellen auf den 6. März verweisen, wieder.

„Gleichberechtigung und Gleichachtung aller Bürger, ihre uneingeschränkte Einbeziehung in die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ stellt eine „Norm“ dar, welche „die zwischenmenschlichen Beziehungen prägt und für alle verbindlich ist“, meint der SED-Chef (epd-Dokumentation s.o.). „Einbeziehung“ – das kann nach kommunistischem Sprachgebrauch nur heißen: Die Partei bestimmt bei Auseinandersetzungen Gegenstand, Ort, Zeitpunkt und Teilnehmerkreis des Gesprächs mit der Kirche. Diese Erfahrung hatte die katholische Kirche exemplarisch zuletzt machen müssen, als sich die Bischöfe im November 1974 in einem gemeinsamen Hirtenbrief gegen das staatliche Erziehungsmonopol und die atheistische Erziehung der Jugend in der DDR gewandt hatte. Staat und Partei ignorierten den Hirtenbrief, die Presse schwieg ihn tot.

Es besteht kein Zweifel – und das für die Kirchen zuständige Politbüro-Mitglied *Paul Verner* hat dies in den Vorgesprächen, die zu der Begegnung vom 6. März führten, den evangelischen Kirchenmännern auch deutlich gemacht, daß die SED über *Fragen der Erziehung und Bildung der Jugend* nicht zu verhandeln bereit ist. Sie bilden aber gerade einen unverzichtbaren Teil kirchlicher Arbeit, sind aus dem Verkündigungsauftrag der Kirchen nicht wegzudenken. Hat sich demnach die evangelische Kirche auf Nebenfelder ihrer Tätigkeit abdrängen lassen? Ist vielleicht der Preis zu hoch, den man für die Abwicklung von Bauvorhaben, für etwas mehr kirchlichen Spielraum im Strafvollzug, für eine bescheidene Präsenz in Funk und Fernsehen, für die Begradigung finanzieller Nachteile in der kirchlichen Land- und Forstwirtschaft usw. damit zahlt, daß man sich eindeutig als „Kirche im Sozialismus“ bekennt und demonstrativ Vorbehalte gegen den kommunistischen Weltanschauungsstaat aufgibt?

Was die SED letztlich bewogen hat, ihren politischen Kurs gegenüber den Kirchen – Honecker sprach am 6. März stets von „den Kirchen“ – zu ändern, ist mit letzter Sicherheit noch nicht zu bestimmen. Gewiß sind jedoch die

wachsenden Schwierigkeiten, denen sich die DDR spätestens seit Helsinki mit der *Dissidenten-Bewegung* gegenüber sieht, ein wesentlicher Grund. Ein weiterer dürfte in den beträchtlichen *wirtschaftlichen Schwierigkeiten* der DDR zu suchen sein; die Fortsetzung des umfangreichen kirchlichen Bauprogramms verschafft Honecker wertvolle Devisen.

Immerhin scheint das Staat-Kirchen-Agreement unter den Christen draußen im Lande erhebliche Verwirrung gestiftet zu haben. In Leipzig und Erfurt sahen sich die protestantischen Kirchenführer wegen der Annäherung an die kommunistischen Machthaber von spürbarem Mißtrauen bedrängt. Sie glaubten doch wohl selber nicht, daß sich die Kommunisten ändern und von ihrem bekannten Kurs abgehen würden, so hörte man immer wieder nicht ohne vorwurfsvollen Unterton. Beobachter der kirchlichen Szenerie kritisieren seit Jahren, daß die Bindung der Kirchenleitung zur Basis denkbar schwach sei. Der Fall Brüsewitz hat dies auf erschreckende Weise bestätigt. Von katholischer Seite ist darauf nicht erst nach dem 6. März hingewiesen worden, wenn Fragen nach der Haltung der katholischen Kirche gegenüber Staat und Partei auftauchten. Lieber bleibe man bei der bisher geübten kühlen Distanz, als einen Kurs mitzuvollziehen, der zwischen Kollaboration und Konfrontation schwanke, so war dort zu hören.

Katholische Kirche bleibt auf Distanz

Es ist anzunehmen, daß die jüngste Begegnung zwischen Kardinal Bengsch und Staatssekretär Seigewasser (12. Juni) das gleiche Ziel hatte wie die verschiedenen Gesten gegenüber der evangelischen Kirche. Es sieht aber nicht danach aus, daß die katholische Kirche, insbesondere Kardinal Bengsch, zu einer Änderung ihrer bisherigen Haltung geneigt wäre. An Begegnungen auf höchster Ebene von katholischer Seite scheint wenig Interesse zu bestehen. Worüber sollte auf dieser Ebene auch gesprochen werden, solange die Hauptforderung der SED, die

Angleichung der Bistumsgrenzen an die Staatsgrenzen und damit die Umwandlung der Jurisdiktionsbezirke in vom Westen unabhängige Bistümer, unerfüllt bleibt. In Ostberlin weiß man aber, daß diese Frage nur im *Vatikan* entschieden werden kann, der dabei ein Bündel anderer, außerhalb seiner alleinigen Kompetenz liegender Gesichtspunkte zu berücksichtigen hat. Es ist kein Geheimnis, daß Außenminister *Oskar Fischer* für Herbst seinen Besuch in Rom angekündigt hat und daß er bei dieser Gelegenheit wahrscheinlich auch vom Papst empfangen wird. Nach den päpstlichen Audienzen für Kádár und Gierek kann die Öffentlichkeit daran wohl schwerlich etwas Außergewöhnliches finden. Unübersehbar, obgleich kurz und bündig, meldete die DDR-Nachrichten-Agentur ADN kürzlich die Begegnung Fischers mit Casaroli am Rande der UN-Sonderkonferenz über Abrüstung in New York (Neues Deutschland, 9. 6. 78).

Im übrigen war aus katholisch-kirchlichen Kreisen in der DDR zu hören, der *10-Punkte-Katalog*, den der evangelische Kirchenbund als Ergebnis des Gesprächs mit Honecker veröffentlichte (edp-Dokumentation, 15/78), enthalte bis auf die Vereinbarung über kirchliche Sendezeiten in Funk und Fernsehen und einigen Fragen, die für die katholische Seite bedeutungslos seien, eigentlich nichts Neues. Man habe zudem beim Besuch des vatikanischen „Außenministers“ in Ostberlin im Juni 1975 einen entsprechenden Fragenkatalog besprochen. Das kirchliche Neubauprogramm, die Einfuhr kirchlicher Literatur und die Bestandswahrung bei konfessionellen Kindergärten wären nicht verhandlungsbedürftig, hieß es. In Fragen kirchlicher Präsenz im Strafvollzug bzw. in Alters- und Pflegeheimen komme es vielfach auf Regelungen vor Ort an. Die kirchliche Land- und Forstwirtschaft bzw. die kirchlichen Friedhöfe sind auf katholischer Seite von einer Größenordnung, die Verhandlungen auf höchster Ebene nicht unbedingt erforderlich machen. Dem spürbaren Desinteresse der katholischen Kirchenführung an einem Nachvollzug der Begegnung Honecker-

kers mit der evangelischen Kirchengemeinschaft scheint freilich ein staatliches Interesse an der Einbeziehung der Katholiken entgegenzustehen. Anders ist die publizistische Behandlung eines Routine-Treffens des Schweriner Apostolischen Administrators, Bischof *Heinrich Theissing*, mit dem Vorsitzenden des Rates des Bezirks Schwerin, *Rudi Fleck* (SED), am Freitag vor Pfingsten schwer zu deuten (vgl. FAZ, 16. 5. 78). In breiter Form berichtete „Neues Deutschland“ (13. 5. 78) über diese Begegnung, bei der der Funktionär dem Bischof gegenüber die Zusicherungen wiederholte, die Honecker am 6. März der evangelischen Kirche gegeben hatte. Theissing habe die Bereitschaft seiner Kirche zur „Zusammenarbeit mit den staatlichen Organen“, bei „gegenseitigem Verständnis und gutem Willen“ bekundet, war dort zu lesen. Der füllige Bericht im Kommuniké-Stil entspricht, so stellten Beobachter fest, keineswegs der sonst von katholischer Seite geübten Praxis, so daß Schlußfolgerungen westdeutscher Zeitungen, nun werde sich auch die katholische

Kirche von der SED „umarmen“ lassen, sicherlich fehl am Platz sind. Man befürchtet auf dieser Seite nichts mehr als eine Verunsicherung der Gläubigen. Dabei wird gewiß zu Recht auf den engen vertrauensvollen Verbund zwischen den Bischöfen und den Gemeinden verwiesen, der sich aus einem jahrhundertelangen Diaspora-Dasein wie auch aus dem jahrzehntelangen Kirchenkampf ergeben hat.

Sollte sich freilich im Gefolge des 6. März die Erstarrung lösen, unter der das Verhältnis Staat–Kirche seit Beginn der kommunistischen Herrschaft im andern Teil Deutschlands allgemein leidet, so kann eine solche Entwicklung nicht spurlos an den katholischen Christen vorübergehen. Die Bischöfe werden es schwerer haben, ihre „Politik“ der Bestandssicherung auf bescheidenem Nenner wie bisher fortzusetzen. Man wird sich dann auf manche Formel von der missionarischen Aufgabe der Kirche besinnen müssen, die während der Pastorsynode in Dresden in den Jahren 1973 bis 75 erörtert wurde, jedoch schon bald in den Archiven verschwand.

G. A.

Erklärung der französischen Bischöfe zum Christusbekenntnis der Kirche

Ende Mai hat die für Lehrfragen zuständige Kommission der französischen Bischofskonferenz, das „Bureau d'études doctrinales“, ein Dokument veröffentlicht, in dem die Grundzüge des kirchlichen Christusbekenntnisses bekräftigt werden (vgl. den Wortlaut in: La Documentation catholique, 4. 6. 78). Durch die Zustimmung des Ständigen Rates ist der Text von der ganzen Bischofskonferenz getragen. Unter den sieben Bischöfen, die die Erklärung unterzeichneten, sind die über Frankreich hinaus bekannten Erzbischöfe von Albi und Lyon, *Robert Coffy* und Kardinal *Alexandre Renard*. Daß sich die Bischöfe gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt äußerten, hatte einen ganz konkreten Anlaß in Gestalt jüngster Publikationen. Fairerweise werden in einer Fußnote die Titel genannt, die die Bischöfe zu ihrer Stellungnahme motiviert haben. Es

handelt sich um die französische Ausgabe von *Hans Küngs* „Christ sein“, die erst in diesem Jahr erschienen ist, um das Buch „Questions d'homme: Jésus dans la théorie chrétienne“ von *Georges Morel*, einem ehemaligen Jesuiten, um das Buch „Quand je dis Dieu“ von *Jacques Pohier*, einem der bekanntesten französischen Dominikanertheologen der mittleren Generation, sowie um die Nummern 6 und 7 der – ebenfalls von Dominikanern herausgegebenen – Cahiers bleus de la Tourette, die sich mit dem Thema „Jésus Sauveur“ befassen.

Mehr Affirmation als Negation

Trotz des direkten Bezugs auf diese Veröffentlichungen geht es in der bischöflichen Erklärung nicht um eine

Auseinandersetzung mit den dort jeweils aufgeworfenen Fragen im einzelnen, sondern um ein Unterstreichen des christologischen Grundbekenntnisses. Die Verfasser wollten offensichtlich in erster Linie nicht bestimmte theologische Aussagen *negieren*, sondern die kirchliche Lehre *affirmieren*. Dies geschieht in pastoraler Absicht, wie die Einleitung zeigt, in der sowohl die Intentionen der Autoren (im Text selbst ist nur allgemein, ohne Nennung von Namen, von Veröffentlichungen die Rede, „die eine Darstellung des Geheimnisses Christi für die Menschen von heute versuchen“) als auch die Irritationen im Kirchenvolk gewürdigt werden. Die Suche nach einer neuen Sprache für die Verkündigung des Christusgeheimnisses – so heißt es – sei ein schwieriges Unterfangen, für das man „langen Atem“ brauche. Unter den Versuchen der Neuformulierung seien einige, die kaum mit der Lehre der Kirche vereinbar seien.

Diese globale Kritik wird durch zwei Akzentgemildert: durch Hinweise auf die apologetische Zielsetzung und auf Vereinfachungen, die nicht unmittelbar zu Lasten der Autoren gehen. Zum ersten heißt es: „Wir wissen, daß man nicht gleich im ersten Anlauf die Fülle des Mysteriums aussagt, wenn man sich an den Nichtgläubenden wendet“, zum zweiten wird gesagt, die Bücher und Artikel seien zwar nur einer kleinen Zahl von Christen zugänglich, es seien aber Formeln im Umlauf, die sich auf sie berufen und die die Gedanken der Autoren dabei bis zur Karikatur simplifizieren. Darüber hinaus ist von Auslassungen und von Ungenauigkeiten in der Deutung des Geheimnisses Christi die Rede, durch die das Kirchenvolk beunruhigt werde. Wegen dieser „Verwirrung“ durch „gewisse neue Interpretationen“ sei es notwendig und dringend, an den gemeinsamen Glauben der Kirche zu erinnern. „Den wahren Glauben an Christus erfindet man nicht erst heute.“

In einem ersten Abschnitt wird auf die bleibende Bindung des Christusglaubens an die Kirche, an Schrift und Tradition, verwiesen. „Was wir von Jesus wissen, beruht auf dem Glaubens-